

FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

Wahlplattform 2011

ja 



EINE SCHWEIZ FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

POLITIK FÜR DIE GANZE BEVÖLKERUNG STATT EINSEITIGE VERTRETUNG VON SONDERINTERESSEN

Den SchweizerInnen widerstrebt ein Leben, das von Angst, Ausgrenzung und Egoismus geprägt ist. Sie sehnen sich nach einer Zukunft mit Hoffnung und Perspektive. Diesen Glauben an eine bessere Zukunft und den Willen, eine solche zu erreichen, prägten auch Generationen von SozialdemokratInnen. Die sozialdemokratischen Ideen haben die Schweiz vorangebracht: AHV, Frauenstimmrecht, Mutterschaftsversicherung, UNO-Beitritt, Verkehrsverlagerung, Fristenregelung. Die zentralen Fortschritte in der Gesellschaft gingen auf sozialdemokratische Initiativen zurück.

Unsere Politik muss auch heute den Menschen die Gewissheit geben, dass eine bessere Zukunft für alle möglich ist und nicht nur für ein paar wenige Privilegierte. Heute bestimmen oft Sonderinteressen und Lobbyanliegen die Politik. Das muss sich ändern. Es braucht eine Politik im Interesse der ganzen Bevölkerung.

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität prägen unsere Politik. Wir wollen jeder und jedem ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und die Chance für ein erfülltes Leben geben. Unsere Politik muss dafür sorgen, dass Männer und Frauen endlich einander gleichgestellt sind – nicht nur rechtlich festgehalten, sondern tatsächlich umgesetzt. Und dass auch Menschen mit schlechter Ausgangsposition auf einen grünen Zweig kommen können und nicht ein Leben lang dort verharren müssen, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt oder wohin sie ein Schicksalsschlag zurückgeworfen hat.

Nur so schaffen wir eine starke Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der wir alle uns wohlfühlen und sicher sind vor Gewalt und finanzieller wie sozialer Not, weil wir uns gegenseitig stützen und respektieren. Das heisst: Wer in der Schweiz lebt, ist Teil dieser Gesellschaft und trägt seinen oder ihren Teil der Verantwortung für sie. Deshalb stehen für uns in den nächsten Jahren die 10 Projekte im Vordergrund, die in den nächsten Seiten aufgeführt werden.

Christian Levrat, Parteipräsident

ZAHLBARER WOHNRAUM SIEHT ANDERS AUS

WOFÜR WIR UNS EINSETZEN WOLLEN. 10 PUNKTE FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

1. 100'000 NEUE ARBEITSPLÄTZE DANK ERNEUERBAREN ENERGIEN STATT MILLIARDEN FÜR AKW

Bis 2030 soll mindestens 50% der benötigten Energie aus erneuerbaren Quellen stammen. Dank der in unserer Cleantech-Initiative geforderten Investitionen – insbesondere öffentliche – in erneuerbare Energien und in die Isolation von Gebäuden entstehen in der Schweiz 100'000 neue Arbeitsplätze. Damit schaffen wir eine nachhaltige Wirtschaftsbranche. Wir wollen den kommenden Generationen eine intakte Umwelt übergeben und sie nicht aufgrund von kurzfristigen Interessen der Atomlobby mit Risiken belasten. AKW sind extrem teuer, unwirtschaftlich und hinterlassen ein Sicherheits- und ein Abfallproblem. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz.

2. EINE ÖFFENTLICHE KRANKENKASSE STATT VERSICHERUNGSFILZ

Wir stehen ein für eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Krankenkassenprämien steigen jedes Jahr und immer mehr Menschen haben Mühe sie zu bezahlen. Der Pseudowettbewerb in der Grundversicherung nützt nur den Krankenkassen und der Werbebranche. Den Versicherten bleiben die hohen Prämien und Unübersichtlichkeit. Darum wollen wir eine öffentliche Krankenkasse nach Vorbild der Suva, die gute Leistungen erbringt und kostengünstig wirtschaftet. Gleichzeitig braucht es auch eine Anhebung der Prämienverbilligungen, um Haushalte mit niedrigem Einkommen zu entlasten.

3. EXISTENZSICHERNDE MINDESTLÖHNE FÜR ALLE STATT LOHNDUMPING

Wer voll arbeitet, muss auch vom eigenen Lohn leben können. Es darf nicht sein, dass Firmen keine anständigen Löhne zahlen und die Sozialhilfe aushelfen muss. Die Mindestlohninitiative schafft mehr Lohngerechtigkeit für alle: Ein Mindestlohn sorgt dafür, dass die Löhne aller Arbeitnehmenden mit dem wirtschaftlichen Wachstum Schritt halten. In den letzten Jahren sind Boni und Managerlöhne explodiert, die Lohnschere hat sich weiter geöffnet. Der Mindestlohn sorgt dafür, dass eine Lohnentwicklung stattfindet, die allen zu Gute kommt und einen entscheidenden Beitrag zur dringend notwendigen Lohngleichheit zwischen Mann und Frau leistet. Für eine solche Lohnentwicklung braucht es auch die 1:12-Initiative, welche fordert, dass niemand in einem Jahr weniger verdient als der/die Bestverdienende im gleichen Unternehmen in einem Monat.

MEHR KAUFKRAFT SIEHT ANDERS AUS

4. BEZAHLBARER WOHNRAUM FÜR ALLE STATT PROFITE FÜR EINIGE WENIGE

Die Mieten steigen weiter an. Die BesitzerInnen von Boden und Häusern erzielen bei stärkerer Nachfrage nach Wohnraum höhere Gewinne – auf Kosten der MieterInnen. Mittlerweile kann daher in Städten oder Steuerdumpingkantonen sogar der Mittelstand kaum mehr eine Wohnung bezahlen. Das darf nicht sein. Mieten müssen den tatsächlichen Kosten entsprechen. Gemeinnütziger Wohnungsbau, Wohnbaugenossenschaften oder Sonderzonen für preisgünstige Wohnungen schaffen bezahlbaren Wohnraum. Mit der Abschöpfung des Planungsmehrwertes können Beiträge an den sozialen Wohnungsbau geleistet werden.

5. CHANCENGLEICHHEIT FÜR ALLE DANK TAGESSCHULEN STATT DER SCHULE VON VORGESTERN

Die Bildungschancen eines Kindes sind abhängig von den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Eltern. Die heutige Schule kann dies nicht ausgleichen. Die SP will daher, dass die öffentliche Schule überall zur freiwilligen Tagesschule mit Betreuung und Aufgabenhilfe wird. Tagesschulen unterstützen alle Kinder gleichermassen in ihrer schulischen Laufbahn und führen zu besseren Startchancen für alle. Zudem leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

6. EINE WEITERBILDUNGSOFFENSIVE FÜR ALLE STATT PERSPEKTIVLOSIGKEIT FÜR TIEFQUALIFIZIERTE

Die Lebensstelle ist zur Ausnahme geworden. Viele haben Schwierigkeiten beim Erwerbseinstieg oder müssen häufig die Stelle wechseln. Lebenslanges Lernen ist deshalb wichtiger denn je. Hochqualifizierte bilden sich bereits heute weiter. Diese Chance sollen alle erhalten: Mit einem Weiterbildungsfonds, der die Ausbildungskosten übernimmt und den Lohnausfall bei längerdauernden Ausbildungen ausgleicht. Die Finanzierung ist einfach: Auch Einkommen über 126'000.– Franken sollen ihren Beitrag an die Arbeitslosenversicherung leisten und damit die benötigten 450 bis 600 Millionen Franken jährlich beisteuern. Weiterbildungen, welche in erster Linie den Unternehmen nützen, sollen indes weiterhin von den Unternehmen selbst bezahlt werden.

7. EINE ERBSCHAFTSSTEUER ZUR FINANZIERUNG DER AHV STATT WEITERER STEUERPRIVILEGIEN

Ein Prozent der Wohnbevölkerung besitzt so viel Vermögen wie die restlichen 99 Prozent. Gleichzeitig profitiert genau dieses eine Prozent von weiteren Steuergeschenken, etwa bei der Erbschaft. In der Schweiz werden jedes Jahr 45 Milliarden Franken vererbt. Steuerfrei. Einige wenige Grosserben profitieren, ohne jede Leistung – die Chancengleichheit bleibt auf der Strecke. Eine Erbschaftssteuer mit einem Freibetrag von 2 Millionen Franken garantiert mehr soziale Gerechtigkeit. Die zusätzlichen Einnahmen kommen direkt der AHV und somit der gesamten Bevölkerung zugute.



FAIRER MINDESTLOHN SIEHT ANDERS AUS



8. EIN LEBENSARBEITSZEITMODELL FÜR DIE AHV STATT EINES HÖHEREN RENTENALTERS

Das Recht auf Rente muss von der beruflichen Laufbahn des Einzelnen und von den Belastungen der verrichteten Arbeit abhängig gemacht werden. Schliesslich wirkt sich diese auch auf die Lebenserwartung aus. Daher darf künftig das Rentenalter nicht einzig vom Alter abhängen. Auch die geleistete Lebensarbeitszeit muss berücksichtigt werden. So soll die Pensionierung in der Regel nach 42 AHV-Beitragsjahren erfolgen – frühestens mit 62, spätestens mit 65 Jahren. Eine Erhöhung des gesetzlichen Rentenalters im Rahmen der 12. AHV-Revision wird die SP ablehnen.

9. EINEN FLÄCHENDECKENDEN SERVICE PUBLIC STATT EINES AUSSPIELES VON STADT UND LAND

Von einem starken Service Public und guten Infrastrukturen profitiert die ganze Bevölkerung. Bahn- und Buslinien, Poststellen, Schulen und eine gute Gesundheitsversorgung in allen Regionen halten unser Land zusammen und sorgen für Lebensqualität und Arbeitsplätze. Daher lehnt die SP Privatisierungen und weitere Liberalisierungen beim Service Public ab. Wenn wir heute bei den Infrastrukturen sparen, sparen wir auf Kosten der Zukunft der Schweiz. Gerade für die Bahn braucht es Investitionen für Unterhalt und Ausbau des Netzes, sowohl für den nationalen wie den internationalen Schienenverkehr. Finanziert mit der Erhöhung der Gewinnsteuer der Unternehmen statt mit einer einseitigen Belastung aller BenützerInnen des öffentlichen Verkehrs. Zudem muss der Schwerverkehr auf die Schiene verlagert werden, damit insbesondere die Transitachsen entlastet werden. Eine zweite Gotthardröhre wird von der SP bekämpft.

10. EINEN STARKEN WERKPLATZ STATT EINER DOMINANZ DER BANKEN

200'000'000'000'000 Franken kostete die Finanzkrise weltweit. Sie hat gezeigt: Investmentbanken und Hedgefonds haben die Realwirtschaft in Geiselnhaft genommen. Die vergangenen Jahre waren von Deregulierung und Selbstkontrolle geprägt. Dieses System hat versagt. Darum braucht es jetzt Regeln für den Finanzplatz: Lösungen für das «too big to fail»- Problem und Beschränkungen der Boni. Zudem muss die Finanzwelt für die Kosten ihrer Krisen aufkommen: Mit einer internationalen Finanztransaktionssteuer, die hilft, die Spekulation auf den Märkten zu zähmen.



DIE SP-ERFOLGE DER VERGANGENEN LEGISLATUR. FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE

1. WIR HABEN WIRKSAM FAMILIEN ENTLASTET.

Dank der SP ist das Bundesgesetz über die **Familienzulagen** 2009 in Kraft getreten. Damit erhalten alle Arbeitnehmenden schweizweit Kinder- beziehungsweise Ausbildungszulagen. Die SP hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass ab 2012 neu auch Selbständigerwerbende eine Kinderzulage erhalten. Zudem hat sich die SP mit Erfolg für die Lancierung und anschliessend für die Verlängerung des Impulsprogramms für **familienergänzende Kinderbetreuung** stark gemacht. Und dank der SP konnte die steuerliche Belastung der Haushalte mit Kindern gesenkt werden.

2. WIR HABEN FÜR EINE SICHERE ALTERSVORSORGE GEKÄMPFT.

Im Bereich der beruflichen Vorsorge hat sich die SP der Reduktion des Umwandlungssatzes der Renten der 2. Säule erfolgreich widersetzt und das Referendum **gegen den Rentenklau** mit 72,7% der Stimmen gewonnen. Und dank den SP-Stimmen im Parlament konnte auch bei der AHV eine Rentenkürzung verhindert werden.

3. WIR HABEN UNS FÜR ARBEITSPLÄTZE EINGESETZT.

2009 lancierte der Bundesrat, auch aufgrund der Forderungen der SP, vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ein **Stabilisierungspaket**, wobei insbesondere die vorzeitige Rückerstattung der CO₂-Abgabe sowie die Ausweitung der Kurzarbeit einen entscheidenden Beitrag zur Konjunkturstabilisierung leisteten. Langfristig gestärkt wurde die Realwirtschaft mit der durch die SP unterstützte Fortsetzung und Erweiterung der Personenfreizügigkeit. Dabei konnte die SP eine weitere deutliche Stärkung der **flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohn- und Sozialdumping** durchsetzen.

4. WIR HABEN DIE ERNEUERBAREN ENERGIEN GEFÖRDERT.

Für Investitionen in die erneuerbare Stromproduktion haben wir die **kostendeckende Einspeisevergütung** geschaffen. Sie ermöglicht den Marktdurchbruch für erneuerbare Energien.

Um Gebäude energetisch fit zu machen, haben wir ein **nationales Gebäudesanierungsprogramm** auf den Weg gebracht. Damit werden pro Jahr rund 10'000 Gebäudesanierungen ausgelöst.

5. WIR HABEN DER FINANZWIRTSCHAFT REGELN AUFERLEGT.

Dank der SP wurde im Gegenvorschlag zur Abzocker-Initiative eine **Bonus-Steuer** verankert. Doch leider unternehmen die Bürgerlichen alles, diese zu torpedieren – das Tauziehen im Parlament geht weiter. In den letzten Monaten wurde durch den Druck der SP die **Regulierung der Banken** schrittweise verschärft und eine Lösung für die faktische Staatsgarantie bei den Grossbanken ist in Arbeit. Zudem gab die Schweiz ab 2008 die von der SP stets kritisierte **Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug** auf und gewährt einer wachsenden Gruppe von Staaten auf Anfrage Amtshilfe, damit diese ihre Steuergesetze vollziehen können.

Ursula Wyss, Fraktionspräsidentin SP-Bundeshausfraktion

- Ich interessiere mich für die SP. Schicken Sie mir bitte Unterlagen.
- Die SP gefällt mir. Ich trete der Partei bei.
- Ich möchte bei Initiativen und Referenden jeweils 10 Unterschriften sammeln und trete deshalb dem Referendumsclub der SP Schweiz bei (www.referendumsclub.ch)

Vorname/Name:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

E-Mail:

Datum:

Unterschrift:

Talon an: SP Schweiz, Postfach, 3001 Bern. Per Internet beitreten unter www.spschweiz.ch/beitreten